

# Extremismus mit Auslandsbezug



## 5.1 Mitglieder-Potenzial

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Bundesrepublik Deutschland	2015	2016
Extrem nationalistische Gruppen	10.500	11.500
PKK	14.000	14.000
Sonstige linksextremistische Gruppen	4.550	4.550
Summe	29.050	30.050

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Niedersachsen	2015	2016
Extrem nationalistische Gruppen	600	600
PKK	1.600	1.600
Sonstige linksextremistische Gruppen	300	230
Summe	2.500	2.430

## 5.2 Einführung

Der Extremismus mit Auslandsbezug in Niedersachsen wird durch die Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) dominiert. Aufgrund des rigorosen Vorgehens der türkischen Regierung gegen die PKK insbesondere seit der Parlamentswahl im Juni 2015 muss der Friedensprozess als gescheitert angesehen werden. Die Hoffnung der PKK auf Streichung von der EU-Terrorliste und eine Aufhebung des Betätigungsverbots in Deutschland aufgrund ihres Einsatzes für die Anti-IS-Koalition in Syrien und im Irak ist durch die Eskalation in der Türkei derzeit verfliegen.

Die Entwicklungen in der Türkei emotionalisieren weiterhin vor allem die PKK-Jugend, die den Protest auch in die deutsche Öffentlichkeit trägt. Für das Jahr 2017 ist eine weitere Eskalation, auch in

Deutschland, zu erwarten, wenn die türkische Regierung ihr rigoroses Vorgehen gegen die PKK fortsetzen sollte.

In Niedersachsen existieren weitere Erscheinungsformen des Extremismus, die einen starken Bezug zum Ausland aufweisen. Diese Erscheinungsformen des politischen Extremismus werden unter der Bezeichnung „Extremismus mit Auslandsbezug“ zusammengefasst. Im Unterschied zum Islamismus liegt die Zielsetzung dieser Gruppen überwiegend in der Durchsetzung linksextremistischer oder ethnisch-nationalistischer Vorstellungen, wobei die Situation im jeweiligen Herkunftsland die Intensität des Auftretens in Deutschland entscheidend mitbestimmt.

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder verstehen unter Extremismus mit Auslandsbezug daher nichtislamistische, aber extremistische Aktivitäten von Personen, wenn

- in Deutschland entsprechende politische Auseinandersetzungen mit Gewalt ausgetragen werden und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet wird,
- diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
- vom Bundesgebiet ausgehende Gewaltaktionen in anderen Staaten durchgeführt oder vorbereitet und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährdet werden oder
- Bestrebungen verfolgt werden, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Die Aktivitäten dieser Organisationen werden im Wesentlichen von aktuellen Ereignissen und Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsländern bestimmt. Diese Organisationen betrachten Deutschland als sicheren Rückzugsraum, in dem rekrutiert, mobilisiert und propagiert werden kann und von dem aus gewaltsame Aktionen im eigentlichen Bezugsland vorbereitet werden können. Die Propaganda für die jeweilige politische Vorstellung und Mobilisierungsaktionen etwa für Demonstrationen gehen dabei Hand in Hand und werden zunehmend über das Internet durchgeführt. Soziale Netzwerke wie z. B. Facebook oder Messenger-Apps wie WhatsApp dienen darüber hinaus der Gewinnung neuer Sympathisanten und Mitglieder. Häufig sind solche Aktivitäten verbunden mit Aufrufen zur Gewalt oder der Beschaffung finanzieller und sonstiger Mittel. Dies zeigt

sich deutlich an der mitgliederstärksten extremistischen Gruppierung mit Auslandsbezug, der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Es haben sich jedoch noch weitere extremistische Organisationen u. a. mit Türkeibezug in Deutschland etabliert, die im Folgenden kurz beschrieben werden. Eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörde erfolgt in allen Fällen.



Logo der ADÜTDF

So ist die ehemalige Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu, ADÜTDF), die sich 1996 in „Deutsche Türkische Föderation“ (Almanya Türk Federasyonu, ATF) umbenannte, ein Sammelbecken extrem nationalistischer Personen mit türkischem Migrationshintergrund. Ihre Mitglieder, die mitunter auch als „Graue Wölfe“ (türkisch: Bozkurtlar) bezeichnet werden, orientieren sich politisch an der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP). Die MHP vertritt einen extremen Nationalismus, verbunden mit der Vorstellung einer ethnisch homogenen Türkei. Die MHP und somit auch die ATF/ADÜTDF beziehen sich in ihren politischen Positionen weiterhin auf den 1997 verstorbenen Alparslan Türkeş, der die Vereinigung aller Turkvölker vom Balkan bis nach Zentralasien propagierte. Junge Aktivisten dieser sogenannten Idealisten (türkisch: Ülkücü)-Bewegung engagieren sich weniger in Vereinen, sondern nutzen primär das Internet zur Verbreitung ihrer nationalistischen Vorstellungen. Immer wieder finden daher Auseinandersetzungen von Ülkücü- und PKK-Anhängern statt. Aktive Vereine der ATF/ ADÜTDF sind in Hannover, Braunschweig und Salzgitter bekannt. Ebenfalls einen Türkeibezug weist die 1994 gegründete Terrororganisation Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi, DHKP-C) auf. Die DHKP-C befürwortet die proletarische Revolution und die Umwandlung des türkischen Staates in eine marxistisch-leninistische Diktatur. Bei Attentaten, die nach Angaben türkischer Stellen seit Bestehen von der DHKP-C begangen wurden, kamen über 200 Menschen ums Leben.



Logo der DHKP-C



Logo der TKP/ML

Ebenfalls existent sind die türkische Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (Marksist Leninist Komünist Partisi, MLKP) sowie die Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten“ (Türkiye Komünist Partisi/Marksist Leninist, TKP/ML). Beide Organisationen bekennen sich zum revolutionären Marxismus-Leninismus und fordern die Zerschlagung des türkischen Staatswesens. Mitglieder der

MLKP sind im syrischen Bürgerkrieg im Kampf gegen den Islamischen Staat aktiv, mehrere MLKP-Mitglieder kamen dabei bisher ums Leben. Die Befreiungstiger von Tamil Eelam (Liberation Tigers of Tamil Eelam, LTTE) verfolgen das Ziel, ein von ihnen kontrolliertes Staatsgebilde („Tamil Eelam“) im Nordosten Sri Lankas zu errichten. Dabei gingen sie bis zu ihrer militärischen Niederlage 2009 terroristisch gegen sri-lankische und indische Ziele vor. Sie gehörten auch zu den terroristischen Gruppierungen, die Selbstmordanschläge verübten. Seit ihrer militärischen Niederlage wird versucht, zumindest im Ausland die Organisation politisch am Leben zu erhalten. Die seit 2006 vorgenommene EU-Listung der LTTE als Terrororganisation ist nach einem Urteil des Gerichts der Europäischen Union, das bei Rechtsgültigkeit auf die Streichung der LTTE von der Terrorliste hinauslief, gegenwärtig in Frage gestellt. Der Rat der Europäischen Union hat gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt.



### 5.3 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Weitere Bezeichnungen	Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) / Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) / Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK) / Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK)	
Sitz / Verbreitung	Nord-Irak	
Gründung / Bestehen seit	1978 in der Türkei	
Leitung	Abdullah Öcalan	
Mitglieder / Anhänger	Bund: 14.000 ⇨	Niedersachsen: 1.600 ⇨
Publikationen	Yeni Özgür Politika (Neue Freiheit Politik) (werktäglich) Serxwebun (Unabhängigkeit) (monatlich) Sterka Ciwan (Stern der Jugend) vormals Ciwanên Azad (Freie Jugend) (monatlich)	
Sender	u. a. Med Nûçe TV	

## Kurzportrait / Ziele

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurde 1978 von Abdullah Öcalan in der Türkei gegründet. Sie benannte sich 2002 in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) und 2003 in Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) um. Ab 2005 trat die PKK unter der Bezeichnung Gemeinschaften der Kommunen in Kurdistan (KKK) und seit 2007 unter Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK) auf. Trotz zahlreicher Umbenennungen der PKK ist allen vorgenannten Organisationen gemein, dass der inhaftierte Öcalan als ihr Führer gilt.

Ursprünglich durch marxistisch-leninistische Programmatik geprägt, vertritt die PKK heute eine kurdisch-nationalistische Ideologie. Sie propagiert die Etablierung einer nichtstaatlichen und länderübergreifenden, demokratischen Selbstverwaltung der Kurden unter Beachtung existierender Grenzen auf türkischem, teilweise auch auf iranischem, irakischem, syrischem und armenischem Gebiet. Die Ausrufung der „Demokratischen Autonomie“ in den drei syrisch-kurdischen Kantonen im Jahr 2014 unter Federführung ihrer syrischen Schwesterorganisation „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) ist für die PKK ein eminent wichtiger Schritt auf dem Weg zu dem von ihr angestrebten, nationale Grenzen überschreitenden „Kurdistan“.

Am 15.02.1999 wurde Öcalan in Nairobi (Kenia) verhaftet und anschließend in der Türkei wegen Hochverrats zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Aus dem Gefängnis heraus beeinflusst er die PKK immer noch maßgeblich aufgrund des um ihn betriebenen unangefochtenen Personenkults. Die PKK kämpft in der Türkei seit 1984 mit ihrem militärischen Arm, den Volksverteidigungseinheiten (HPG), für einen unabhängigen Kurdenstaat. Zunächst richtete sich der bewaffnete Kampf dieser PKK-Guerilla gegen türkische Gendarmerie- und Militäreinheiten. In den Folgejahren bekämpfte sie aber auch Teile der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und u. a. auch in Deutschland, wenn diese sich der Programmatik der PKK und ihrem Alleinvertretungsanspruch widersetzen.



Logo der PKK in Europa

## Finanzierung

Die Beschaffung von Geld ist nach wie vor eine der Hauptaktivitäten der PKK in Deutschland. Der Propagandaapparat, wie z. B. die Fernsehsender oder die Publikationen, muss ebenso finanziert werden wie die politischen Kampagnen, die Unterorganisationen und die Guerilla-Armee. Hierzu dient vor allem die jährlich stattfindende Spendenkampagne. Überdies werden Einkünfte auch durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Zeitschriften und den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten zu Großveranstaltungen erzielt. Im Jahr 2016 lag der Ertrag allein in Deutschland – wie in den letzten Jahren – bei mehreren Millionen Euro. Die Spendenbereitschaft der mit der PKK sympathisierenden kurdischen Bevölkerung ist auch in diesem Jahr aufgrund der aktuellen Situation in der Türkei, in Syrien und im Nordirak noch einmal gewachsen.

---

## Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In der Türkei verfolgt die PKK ihre Ziele bis heute mit Waffengewalt. Dies zeigen die bis in das Jahr 2016 andauernden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK-Guerilla sowie terroristische Anschläge in der Türkei. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 NVerfSchG erforderlich ist.

Auch in Deutschland versuchte die PKK mit gewalttätigen Aktionen den Kampf in der Türkei zu unterstützen und ist nach wie vor bereit, militante Aktionen ihrer Anhänger zumindest zu billigen. Damit ist die Organisation eine Bedrohung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Aus diesen Gründen untersagte 1993 das Bundesministerium des Innern der PKK, sich im Bundesgebiet zu betätigen. Das Betätigungsverbot umfasst auch die Organisationen KADEK, KONGRA GEL, KKK und KCK. Mittlerweile setzt die PKK im Rahmen einer Doppelstrategie zwar weiterhin in der Türkei auf Waffengewalt, Deutschland jedoch dient nunmehr als Rückzugsraum, in dem rekrutiert und aus dem heraus Propaganda betrieben wird.

Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 02.05.2002 wurde die PKK in die Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) aufgenommen.

## Organisatorische Strukturen

### Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (Civata Demokratik Kurdistan)

Der Kurdische Demokratische Gesellschaftskongress in Europa (Avrupa Demokratik Kürt Toplum Kongresi, KCD-E) oder Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa bildet die PKK-Europaführung, in die auch die Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (Civata Demokratik Kurdistan, CDK) als politischer Arm der PKK integriert ist. Die CDK unterliegt ebenfalls dem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot. Auf ihrem diesjährigen Jahreskongress nannte sich der KCD-E in Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa (KCDK-E) um.

Die Organisation unterhält ein verzweigtes Netz verdeckt handelnder Funktionäre, die Anordnungen und Vorgaben der Organisationsspitze an die nachgeordneten Hierarchieebenen zur Umsetzung weitergeben. An der Spitze dieser hierarchischen Strukturen stehen Funktionäre, die in der Regel von der Europaleitung der Organisation für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden.

Die bisherige Organisationsstruktur der PKK im Bundesgebiet mit vier Bereichen (Nord, Mitte, Süd 1 und Süd 2), die sogenannten SAHAs, wurde im Sommer 2016 in eine Einteilung von nunmehr neun Regionen mit weiterhin 31 Gebieten (Bölge) und jeweils einem Führungsfunktionär an der Spitze geändert.

### Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschlands

Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedient sich die Organisation überwiegend der örtlichen Vereine in Deutschland, die den PKK-Anhängern als Treffpunkte und Anlaufstellen dienen. Deutschlandweit gehören ca. 45 kurdische Ortsvereine dem der PKK nahestehendem Demokratischen Kurdischen Gesellschaftszentrum Deutschland (Navenda Civaka Demokratik a Kurdên li Elmanyayê, NAV-DEM) an. NAV-DEM ist eingebettet in die in Belgien ansässige europäische Dachorganisation KCDK-E.

NAV-DEM initiiert regelmäßig über seine Ortsvereine öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich jeweils auf aktuelle Geschehnisse (z. B. Exekutivmaßnahmen gegen PKK-nahe Einrichtungen, mutmaßliche Leichenschändungen des türkischen Militärs an getöteten PKK-



Guerillakämpfern) oder bestimmte Jahrestage, etwa den Gründungstag der PKK, beziehen.

NAV-DEM ist nicht vom PKK-Betätigungsverbot betroffen. Die zugehörigen Ortsvereine agieren aber häufig als Anmelder von Veranstaltungen mit Bezug zur politisch-ideologischen Zielsetzung der PKK.

In Niedersachsen existieren NAV-DEM-Vereine in Hannover, Hildesheim, Lohne, Osnabrück, Peine und Salzgitter.

NAV-DEM organisierte mit Hilfe der Ortsvereine auch 2016 zahlreiche Veranstaltungen. Hervorzuheben ist das 24. Internationale Kurdistan-Festival, das jährlich Besucher aus ganz Europa anzieht. In diesem Jahr fand es unter dem Motto „Weder Putsch noch Diktatur unterstützen wir! Für Demokratie, Gleichheit, Freiheit und Solidarität hier und in der Türkei. Gegen Nationalismus und Rassismus in der BRD und in der Türkei“ am 03.09.2016 auf dem Gelände der Deutzer Werft in Köln statt. Unter den ca. 28.000 Besuchern (2015: 21.000 Besucher) befanden sich auch zahlreiche Personen aus Niedersachsen.

Dem Festival ging der obligatorische mehrtägige „Marsch der Jugend“ voraus, an dem sich etwa 160 Angehörige der Jugenddachorganisation Ciwanên Azad („Bewegung der freien Jugend Kurdistans“, CA) beteiligten. Der Marsch startete am 31.08.2016 in Duisburg und endete im Rahmen des Festivals mit einem militärisch anmutenden Einmarsch der Teilnehmer. Am 02.09.2016 löste die Polizei in Grevenbroich einen Aufzug auf, nachdem während einer illegalen Straßenblockade (Sitzstreik) Flaschen geworfen wurden. Die Organisatorin des Aufmarsches erklärte, dass die Flaschenwürfe sich nicht gegen die Polizei gerichtet hätten. Vielmehr hätten Gegendemonstranten provoziert, wogegen man sich zur Wehr gesetzt habe. 77 Teilnehmer des Marsches wurden in Polizeigewahrsam genommen und Ermittlungen wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch eingeleitet. Der PKK-nahe „Verband der Studierenden aus Kurdistan e. V.“ (YXK) veröffentlichte noch am 02.09.2016 auf seiner Internetseite eine Erklärung, in der er die Polizei wegen des „brutalen“ und „aggressiven“ Vorgehens in Grevenbroich scharf kritisierte:





*„Die gewaltsame Auflösung des langen Marsches zeigt uns ein weiteres Mal: das Ziel dieser Angriffe ist an erster Stelle die Jugend und der jugendliche Geist der kurdischen Freiheitsbewegung. Denn die Jugend, welche Vorreiterrolle in der kurdischen Freiheitsbewegung darstellt, ist immer organisierte Kraft, welche Veränderung schafft und Widerstand leistet. Unsere Forderungen, umgehenden und direkten Kontakt zu unserem Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu erhalten, die Freilassung aller nach 129a/b verurteilten und angeklagten revolutionären Gefangenen und die Aufhebung des Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und ein Ende der Kriminalisierung der kurdischen Jugend, blieben und bleiben nicht ungehört.“*

(Homepage der YXK, „[Erklärung]: Polizeigewalt gegen den Langen Marsch“, 02.09.2016)

### Jugendorganisation

Die PKK-Jugendorganisation Komalên Ciwan (KC) ist auch im Jahr 2016 u. a. im Rahmen von gewalttätigen Aktionen und Rekrutierungen für die PKK in Erscheinung getreten. Der KC ist das „Mazlum-Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ zuzurechnen, für das in diesem Jahr in Deutschland keine Genehmigung erteilt worden war. Ursprünglich war es am 09.07.2016 in Dortmund geplant. Stattdessen fand an diesem Tag in Düsseldorf eine Großkundgebung mit etwa 3.500 zumeist jugendlichen Personen unter dem Motto „Schluss mit der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in der BRD; Freiheit für Abdullah Öcalan; Für die Freiheit der kurdischen politischen Gefangenen in Deutschland“ statt, die im Wesentlichen störungsfrei verlief. Vereinzelt wurden Rauchkörper gezündet, PKK-Parolen skandiert und verbotene Fahnen gezeigt. Die Polizei fertigte acht Strafanzeigen. Die Propagandaveranstaltung soll an den gleichnamigen Funktionär der PKK erinnern, der sich 1982 in türkischer Haft das Leben nahm und seitdem als Märtyrer verehrt wird. Zur Veranstaltung gehörten neben sportlichen Wettkämpfen und einem kulturellen Rahmenprogramm auch politische Redebeiträge. Die Ausrichtung sportlicher Wettkämpfe hat in der PKK Tradition. Mit derartigen Veranstaltungen versucht die PKK in erster Linie, ihre jugendlichen Anhänger stärker an sich zu binden und weitere Jugendliche für die Organisation zu interessieren. Neben dem KC bestehen parallel die personenidentischen CA. Diese fungieren als offizielle Bezeichnung für die Jugend der PKK und als „legaler“ Verband, dem ausschließlich positive Schlagzeilen zuge-

schrieben werden sollen. Die Bezeichnung KC hingegen wird nur im Zusammenhang mit strafbaren bzw. solchen Aktionen genutzt, die in der Gesellschaft negativ aufgefasst werden könnten.

### Sonstige Massenorganisationen

Weitere PKK-nahe Massenorganisationen verfolgen das Ziel, den Einfluss der PKK in möglichst allen Segmenten der kurdischstämmigen Gemeinschaft zu verankern. Nicht zuletzt richtet sich das Augenmerk auf Gruppen, die als gesellschaftliche Multiplikatoren wirken bzw. in Zukunft wirken könnten. Entsprechend fungieren die Union der kurdischen Lehrer (YMK), der YXK, die Union der Journalisten Kurdistans (YRK) sowie die Union der Juristen Kurdistans (YHK). In diesem Zusammenhang ist auch die Etablierung der Islamischen Gemeinde Kurdistans (CIK) als Versuch der Einflussnahme auf kurdischstämmige Muslime zu werten. Diese Organisationen sind auch in Niedersachsen aktiv.

### Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Putschversuch

Im Jahr 2016 beherrschten zwei Themen die PKK-Anhängerschaft: Neben der Person Öcalans standen die militärischen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK im Fokus. Nach Aufkündigung des Waffenstillstands zwischen der PKK und der türkischen Armee im Juli 2015 herrschen in den kurdischen Gebieten wieder kriegsähnliche Zustände. Ende 2015 hatte die PKK in mehreren Städten im Südosten der Türkei („Nordkurdistan“) – wie in Syrien – eine kurdische Selbstverwaltung ausgerufen, weil die kurdische Bevölkerung überwiegend nicht mehr bereit war, die Autorität des türkischen Staates anzuerkennen. Gegen die Ausrufung dieser Selbstverwaltungen richteten sich die Militäroperationen des türkischen Staates, die auf beiden Seiten zahlreiche Todesopfer forderten und fordern. Aufgrund der Militäreinsätze – auch auf syrischem Gebiet – dürfte eine Rückkehr zum Friedensprozess auf längere Sicht aussichtslos sein. Das Verhältnis zwischen dem türkischen Staat und der PKK hat sich derart verschlechtert, dass die PKK ihre Autonomiebestrebungen nun auch auf türkischem Gebiet forciert. Insbesondere nach dem Putschversuch in der Türkei am 15.07.2016 hat sich die kurdische Seite zunehmend besorgt über die (unklare) Situation Abdullah Öcalans geäußert, weil die türkische Regierung

ein generelles Kontaktverbot zu Öcalan seit dem 05.04.2015 durchsetzt. Bereits zwei Tage nach dem Putschversuch veröffentlichte der Exekutivrat der KCK eine Erklärung, in der die Befürchtung geäußert wird, dass die türkische Regierung die „wirre“ Lage dazu nutzen könnte, „Dinge zu tun, die sonst nicht möglich sind.“<sup>138</sup>

Am 11.08.2016 verbreitete der PKK-nahe Fernsehsender Med Nûçe TV in seiner türkischsprachigen Nachrichtensendung, dass der KON-GRAGEL, die KCK, die „Gemeinschaft der Frauen Kurdistans“ (KJK), die HPG, die „Freiheitspartei der Frauen Kurdistans“ (PAJK) und die Jugendpartei am gleichen Tage eine historische Erklärung zur Situation Abdullah Öcalans abgegeben haben. Sie wiesen darauf hin, dass das Leben Abdullah Öcalans in Gefahr sei. Die AKP-Regierung sei für seine Gesundheit und Sicherheit verantwortlich. Wörtlich heißt es weiter:

*„Mit dem Slogan ‚die Freiheit unserer Führung ist unsere Freiheit‘ müssen das kurdische Volk von 7 bis 70 Jahren und seine Freunde auf die Plätze strömen. Bis unsere Führung frei ist, dürften die Plätze nicht verlassen werden. Jedem muss klar sein, dass jedes Vorgehen gegen unsere Führung von unserem Volk und unseren ‚Fedai-Kräften‘ auf eine historische Art und Weise geahndet wird.“*

Murat Karayilan, Oberkommandeur der Volksverteidigungszentrale (HSM) klärte am 11.08.2016 anlässlich des bevorstehenden Jahrestages der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK am 15.08.1984:

*„Die AKP und Erdogan sollten unsere Geduld nicht überstrapazieren. Wir sind nicht die Anhänger der Gülen-Bewegung. Wenn das Leben unseres Volksführers APO<sup>139</sup> in Gefahr ist, dann ist auch das Leben der führenden Politiker der Türkei in Gefahr. Diese Fakten sind eng miteinander verknüpft. Wir sind alle keine Kinder. Tausende Kämpfer stehen bereit. Daher sollte niemand seine Grenze überschreiten. Unser Volk fordert, dass eine Delegation nach Imrali reist. Das sollte sofort sichergestellt werden. Ohne die Freilassung Abdullah Öcalans wird es in der Türkei weder Demokratie noch Stabilität geben. Darüber sollte sich jeder im Klaren sein.“*

(YÖP vom 11.08.2016)

<sup>138</sup> YÖP vom 18.07.2016, Seiten 1 und 3.

<sup>139</sup> Synonym für Öcalan.

Erstmals seit Langem drohte die PKK offen mit Gewaltaktionen gegen führende Politiker in der Türkei, sollte Öcalan etwas zustoßen. Darüber hinaus rief NAV-DEM am 09.08.2016 zu bundesweiten Demonstrationen und Protesten gegen die Isolationshaft des Repräsentanten des kurdischen Volkes Öcalan auf. In der Presseerklärung geht NAV-DEM auf die anhaltende Isolation und komplette Kontaktsperre seit über einem Jahr ein. Gerade in Zeiten eines Militärputsches und vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen der AKP und des Staatspräsidenten Erdogan, könne auf die Versprechen und Lippenbekenntnisse der türkischen Regierung nicht vertraut werden. Sowohl der Familie, als auch den Anwältinnen und Anwälten sowie unabhängigen Delegationen werde jeglicher Zutritt auf die Gefängnisinsel verwehrt.

In der Erklärung wird erneut gefordert, dass sich internationale Organisationen und Persönlichkeiten für die Belange des kurdischen Volkes einsetzen und Druck auf die türkische Regierung ausüben müssten. In der Erklärung wird betont, dass die Teilnahme an den Demonstrationen für Öcalan bedeute, sich gegen die Politik und die Mentalität der Genozide und Massaker zu stellen.

Infolge dieser Erklärungen fanden u. a. in Deutschland (z. B. in Berlin, Bonn, Darmstadt, Dresden, Freiburg, Hamburg, Kassel, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart und Wetzlar), Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Russland, Schweden und der Schweiz verschiedene Veranstaltungen statt. Mit den kurzfristigen Besetzungsaktionen von Fernsehsendern und Zeitungen, Demonstrationen, Transparenten, etc. wurde auf die Isolationshaft und die Situation von Öcalan hingewiesen sowie seine Freiheit gefordert. Zudem wurde die „Untätigkeit“ Europas, insbesondere von Deutschland im Hinblick auf die Kriminalisierung von kurdischen Politikern und die Verhaftung von PKK-Funktionären kritisiert und die Forderung zur Aufhebung des PKK-Betätigungsverbotes gefordert.

Der Exekutivrat der KCK verwies in einer in der YÖP am 29.08.2016 (Seiten 1 und 3) veröffentlichten Erklärung darauf, dass die kurdische Bewegung sich in diesen Zeiten einzig und allein auf die Gesundheit und die Sicherheit des Führers APO konzentriere. Seit dem versuchten Militärputsch sei man in ernsthafter Sorge. Überall in der Welt sei das kurdische Volk auf den Beinen und dennoch werde kein

einziges Gespräch mit APO zugelassen. Das versetze die kurdische Bewegung und das kurdische Volk in Alarmbereitschaft. Es sei jetzt nicht die Zeit, herumzusitzen oder lediglich zu reden. Es sei jetzt an der Zeit, für die Führung einzutreten. Dies sei die Dankspflicht aller Kurden. Von heute an liege das Hauptaugenmerk „Nordkurdistans“<sup>140</sup> auf der Unterstützung der Führung und alle Aktionen müssten daran ausgerichtet sein. Das Volk müsse in ständiger Alarmbereitschaft sein und Aktionen durchführen, die die bisherigen Aktionen um ein Vielfaches übersteigen, so dass die AKP-Regierung sich veranlasst sehe, Öcalan umgehend mit seiner Familie und seinen Anwälten sprechen zu lassen. Das kurdische Volk müsse sich also in allen vier Teilen „Kurdistan“<sup>141</sup> sowie auch im Ausland erheben und Serhildan (Aufstände) zur Verteidigung der Führung durchführen. Erst am 11.09.2016 durfte Mehmet Öcalan seinen Bruder auf der Gefängnisinsel Imrali besuchen. Abdullah Öcalan erneuerte sein Friedensangebot an den türkischen Staat und ließ durch seinen Bruder sinngemäß verkünden: Wenn der Staat bereit ist zu reden, können wir den Konflikt zwischen der PKK und dem türkischen Staat in sechs Monaten lösen. Wörtlich heißt es weiter:

*„Der aktuelle Krieg ist ein blinder Krieg. Es ist ein Krieg, in dem keine Partei gewinnen kann.....Die Lösung kann nicht einseitig sein, die größte Partei ist der Staat. Wenn der Staat auf unser Entgegenkommen und unsere Bemühungen eingeht, wird dieses Problem nicht mehr lange andauern, dann wird es eine Lösung geben.“*

(Presseerklärung von Mehmet Öcalan, ANF, 12.09.2016, veröffentlicht auf den Internetseiten von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V., „Trotz Krieg und Isolation: Öcalan bietet türkischer Regierung Lösung an“)

Mit seinen Rechtsanwälten konnte Öcalan zuletzt am 27.07.2011 sprechen.

### Reaktionen auf die Verhaftung von pro-kurdischen Politikern in der Türkei am 03.11.2016

Seit dem Putschversuch vom 15.07.2016 geht der türkische Staat auch gegen die kurdische Opposition massiv vor. Die Führungs-

<sup>140</sup> Gemeint sind damit die kurdischen Siedlungsgebiete im Südosten der Türkei.

<sup>141</sup> Kurdische Siedlungsgebiete in der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran.

mannschaft der linken prokurdischen Parlamentspartei „Partei der Völker“ (HDP) ist seit Ende Oktober inhaftiert, kurdische Bürgermeister werden reihenweise ihres Amtes enthoben und durch regierungnahe Personen ersetzt oder ebenfalls verhaftet.

Am 03.11.2016 wurden in der Türkei zwei Co-Vorsitzende der HDP sowie sieben weitere Abgeordnete wegen des Vorwurfs der Unterstützung der PKK in Untersuchungshaft genommen. In Deutschland und auch in Niedersachsen löste dieser Vorgang eine Welle der Empörung und eine Vielzahl von Solidaritätsveranstaltungen der hier lebenden Kurden aus.

Gegen die Verhaftungen und das Vorgehen des türkischen Staatspräsidenten Erdogan wurde in Köln demonstriert. 6.500 Teilnehmende aus ganz Deutschland nahmen an einer auch von niedersächsischen Jugendorganisationen auf ihren Facebook-Seiten (z. B. Kurdische Jugend Stade/Umgebung) beworbenen Kundgebung teil. Bei einem Umzug durch die Innenstadt riefen sie Parolen wie „Terrorist Erdogan“ und „Erdogan Faschist“. Weitere Aktionen und Demonstrationen gab es in Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Mainz, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart.

In der Türkei löste die Polizei eine Kundgebung der HDP in Istanbul mit Wasserwerfern, Tränengas und Plastikgeschossen auf. Die HDP selbst beschloss einen Boykott des türkischen Parlaments und zog sich zunächst aus allen Gesetzgebungsverfahren zurück. Nach Presseberichten äußerte eine HDP-Abgeordnete, dass eine denkbare Option auch die Aufgabe der 59 Mandate der Partei im türkischen Parlament sei.

### PKK-Aktivitäten in Niedersachsen

Höhepunkt der niedersächsischen PKK-Aktivitäten war in diesem Jahr die Newroz-Feier<sup>142</sup> am 19.03.2016. Anlässlich des traditionellen kurdischen Neujahrsfestes nahmen etwa 12.000 Anhänger an

<sup>142</sup> Mit dem kurdischen Neujahrsfest Newroz wird neben dem Beginn eines neuen Jahres der Frühlingsanfang gefeiert. Newroz bedeutet „neuer Tag“ und geht historisch auf die Legende eines kurdischen Schmieds zurück, der zum Widerstand gegen einen Tyrannen aufgerufen und diesen in der Nacht vom 20. auf den 21. März im Jahr 612 v. Chr. erschlagen haben soll. Angesichts dieses Hintergrunds wird Newroz auch als Fest des Widerstands gegen Tyrannei und als Symbol für den Freiheitskampf verstanden. Die PKK instrumentalisiert das Fest, das sich in die von ihr propagierten Themen „Widerstand“ und „Befreiungskampf“ einfügt, um auf ihre politischen Anliegen aufmerksam zu machen und ein breites Spektrum kurdischer Volkszugehöriger anzusprechen.



der zentralen Großkundgebung unter dem Doppelmotto „Lasst uns den Widerstand der Selbstverwaltung mit dem Newroz-Feuer verstärken“ und „Freiheit für Öcalan, Freiheit in Kurdistan“ auf dem Waterlooplatz in Hannover teil. Die europaweit beworbene Veranstaltung war vom NAV-DEM angemeldet und organisiert worden. Die Kundgebung verlief störungsfrei, bis auf das Zeigen verbotener Symbole der PKK,

dem Skandieren verbotener Parolen sowie vereinzelt Zünden von Pyrotechnik. Die Polizei leitete 26 Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Vereinsgesetz ein.

Die Feier war allen „Märtyrern“ gewidmet, die im Kampf für den Aufbau der Selbstverwaltung in den kurdischen Siedlungsgebieten gestorben sind, insbesondere den Co-Vorsitzenden der Volksräte in Cizre und Silopi, die im Januar und Februar 2016 bei Operationen türkischer Sicherheitskräfte gegen die PKK in den beiden südostanatolischen Städten ums Leben gekommen waren.<sup>143</sup>



Da bis zum geplanten Aufzugsbeginn durch die Innenstadt von Hannover um 10.00 Uhr erst 3.000 Teilnehmer auf dem Festivalgelände anwesend waren, wurde der Aufzug auf 11.00 Uhr verschoben, um sich dann mit etwa 6.500 Personen in Bewegung zu setzen. Im Bereich des Steintores wurde eine Gedenkminute für Halim Dener<sup>144</sup> abgehalten und eine Gehwegplatte durch einen Gedenkstein ausgetauscht. Den Gedenkstein ließ die Stadt Hannover später wieder entfernen.

Neben musikalischen und folkloristischen Darbietungen wurde in den auch politischen Reden die prekäre Situation der kurdischen Bevölkerung beklagt, die hierfür verantwortlich gemachte türkische Regierung kritisiert und eine Aufhebung des PKK-Betätigungsverbot in Deutschland gefordert.

143 YÖP vom 17.03.2016, Seite 1 und 6: „Bringt euren deutschen Nachbarn mit“.

144 Der 16-jährige kurdische Jugendliche Halim Dener wurde am 30.06.1994 in Hannover (Bereich Steintor) beim Kleben von Plakaten mit PKK-Bezug durch Polizeibeamte kontrolliert. Hierbei wurde er durch den Schuss aus einer Dienstwaffe tödlich verletzt.

Der Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE., Diether Dehm, forderte in seiner Ansprache die Streichung der PKK von der EU-Liste der terroristischen Organisationen und fiel in den von den Teilnehmern skandierten Slogan „Terrorist Erdogan“ ein.<sup>145</sup> Dehm präsentierte sich mit einem Button mit PKK-Emblem und erklärte hierzu wörtlich:

*„Dieses Zeichen der PKK, das ich hier am Mantel trage, das habe ich ja vorhin in die Kamera gehalten, dieses Zeichen darf nicht verboten sein. Alles andere wäre Komplizenschaft mit Erdogan und den Verbrechern.“*

(Youtube, „Frauen in Kobane verteidigen die europäischen Menschenrechte“)

Aufgrund des Aufrufs von NAV-DEM vom 09.08.2016 zu bundesweiten Demonstrationen und Protesten gegen die Isolationshaft von Öcalan fanden in Niedersachsen überwiegend friedlich verlaufene Protestaktionen statt:

Am 11.08.2016 wurden in Hannover und Rotenburg (Wümme) Transparente an Brücken aufgehängt. Am 12.08.2016 demonstrierten in Salzgitter circa 200 Personen. Am 13.08.2016 fand in Hannover eine Demonstration mit 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, bei der mehrfach Feuerwerkskörper geworfen wurden. Eine weitere Demonstration am 27.08.2016 mit 235 Teilnehmenden verlief hingegen friedlich. Ebenfalls in Hannover versammelten sich PKK-Anhänger am 19. und am 24.08.2016 rund um Infozelte unter dem Motto „Freiheit für Öcalan“, um über die Haftbedingungen Öcalans zu informieren. In Schneverdingen brachten Jugendliche eine 27 Meter große PKK-Fahne an der A7-Ausfahrt bei Bispingen an und in Göttingen beschmiereten Jugendliche zahlreiche Gebäudewände mit Parolen wie „Biji“<sup>146</sup> Kurdistan“, „PKK“ und „Freiheit für Öcalan“. In Aurich und Lohne nahmen am 17.08.2016 zahlreiche Kurden an Fahrradtouren teil, bei denen Poster von Öcalan gezeigt wurden, um gegen die Isolationshaft zu protestieren. Bei Veranstaltungen in Aurich (60 Teilnehmende) und Peine (ca. 100 Teilnehmende) am 15.08.2016 thematisierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch den Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK.

<sup>145</sup> YÖP vom 21.03.2016, Seiten 1 und 12: „Ein großartiges Newrozfest“.

<sup>146</sup> Kurdisch, bedeutet in etwa „Es lebe“.

Die Verhaftung von HDP-Politikern am 03.11.2016 (s. o.) führte ebenfalls zu zahlreichen Aktivitäten:

In der Nacht zum 04.11.2016 fand am Hauptbahnhof in Hannover eine Spontandemonstration statt. Im Laufe des Tages versammelten sich 200 Kurden vor dem türkischen Generalkonsulat, um gegen die Festnahmen zu protestieren. Auch die Kurdische Jugend Stade/Umgebung sowie die YXK Göttingen riefen über ihre Facebook-Seiten zu Demonstrationen auf. In Göttingen versammelten sich daraufhin ca. 250 Personen. In Vechta protestierten 90 bis 100 Personen „Gegen die Verhaftung des HDP-Parteivorsitzenden“ und in Aurich etwa 120. In Osnabrück wurde mit einem Infostand auf die politischen Verhältnisse in der Türkei im Zusammenhang mit den Festnahmen von kurdischen Politikern aufmerksam gemacht.

Am 05.11.2016 fanden sich in Göttingen erneut spontan ca. 250 Personen und in Hannover 50 Personen zu Demonstrationen aus Solidarität mit den verhafteten HDP-Politikern ein. In Hildesheim kamen am selben Tag etwa 700 Personen zusammen.

Ebenfalls am 03. und 04.11.2016 wurden Brandanschläge auf zwei Fahrzeuge von mutmaßlich nationalistischen Türken in Kassel und am 04.11. auf das Gebäude eines türkischen Kulturvereins in Löhne/NRW verübt. Am 05.11.2016 wurde ein Fahrzeug des türkischen Generalkonsulats in Hannover in Brand gesetzt.

1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligten sich am 06.11.2016 an einer Demonstration, zu der der Frauenrat Ronahi in Hannover aufgerufen hatte. Etwa 70 Jugendliche und Heranwachsende riefen am 09.11.2016 in Oldenburg Parolen wie „Hände weg von der HDP“. Dazu aufgerufen hatte der Ciwanên Azad Oldenburg. Für den 10.11.2016 mobilisierte der NAV-DEM Celle. Auch die Kurdische Jugend Hannover rief auf ihrer Facebook-Seite zur Teilnahme an dieser Demonstration auf, an der sich etwa 500 Personen beteiligten. Einem Aufruf der Ciwanên Azad Aurich zur Teilnahme an einer Demonstration in Oldenburg folgten 150 Personen und der Ciwanên Azad Nienburg 175 Personen. An einer Demonstration in Walsrode nahmen am 15.11.2016 ca. 300 Personen teil.

Zu einer Demonstration am 12.11.2016 in Köln unter dem Motto „Für Demokratie, Frieden und Freiheit“ hatten u. a. die Kurdische Jugend Stade/Umgebung sowie die Kurdische Jugend Hannover aufgerufen. An der Veranstaltung nahmen insgesamt 25.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

### Strafverfahren gegen Funktionäre der PKK

Der 4. Strafsenat – Staatsschutzsenat – des Oberlandesgerichtes (OLG) Celle verhandelte im Jahr 2016 zwei Verfahren gegen ehemalige hochrangige Funktionäre der PKK.

Am 30.08.2016 wurde der ehemalige PKK-Gebietsleiter Oldenburg wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte von Juni 2013 bis zu seiner Festnahme im November 2015 als Gebietsleiter der PKK zunächst im PKK-Gebiet Oldenburg und dann im PKK-Gebiet Hamburg tätig war und damit Mitglied einer terroristischen Vereinigung im Ausland gewesen ist.

Der ehemalige PKK-Gebietsleiter Hannover wurde am 01.09.2016 wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung in einer terroristischen Vereinigung im Ausland ebenfalls zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte in der Zeit ab Juli 2014 bis zu seiner Festnahme im Oktober 2015 als Gebietsleiter der PKK zunächst im PKK-Gebiet Hannover und dann im PKK-Gebiet Sachsen tätig gewesen ist.

### Bewertung / Tendenzen / Ausblick

Aktuell ist die Tätigkeit der PKK in Europa auf die logistische, finanzielle und propagandistische Unterstützung des Kampfes in der Heimat (Türkei, Syrien und Nordirak) ausgerichtet. Die Beschaffung finanzieller Mittel für die Ausrüstung und Bewaffnung des militärischen Arms, für die Unterhaltung des Parteiapparates und seiner medialen Plattformen sowie die Parteiaktivitäten bilden daher in Europa und insbesondere in Deutschland auf allen Organisations-ebenen einen Schwerpunkt.

Die zum Teil unfriedlichen Protestaktionen zeigen, wie unmittelbar der Konflikt in der Türkei aber auch in Syrien und dem Nordirak von den Kurden in Deutschland wahrgenommen und bewertet wird. Das künftige Demonstrationsgeschehen dürfte daher ganz wesentlich von der weiteren Entwicklung in den dortigen Regionen abhängen. Im Hinblick auf die aktuelle Situation in der Türkei und die damit einhergehende Emotionalisierung ist in Deutschland und auch in Niedersachsen mit vermehrten Solidaritätsveranstaltungen zu rechnen. Sollten die gegenseitigen Angriffe zwischen der Türkei

und der PKK fortgesetzt werden, werden nicht nur die Demonstrationen der PKK-Anhänger anhalten, sondern auch „militante“ Aktionen gegen türkischstämmige Personen oder türkische Einrichtungen immer wahrscheinlicher. Insbesondere jugendliche PKK-Anhänger sind zunehmend bereit, auch gewaltsame Aktionsformen einzubeziehen. Diese können sich neben türkischen Einrichtungen auch gegen Personen des türkisch-nationalen bzw. des salafistischen Spektrums sowie gegen Einsatzkräfte der Polizei richten. Auch mit medienwirksamen Besetzungen zum Beispiel von Flughäfen, Bahnhöfen, Rundfunkanstalten, türkischen Geschäften, Räumlichkeiten von türkisch-nationalen Inhabern oder Vereinen ist zu rechnen. In umgekehrter Richtung muss mit Ausschreitungen aus dem türkisch-nationalen Spektrum gegen Kurden oder PKK-Anhänger gerechnet werden.

Die „militanten“ Aktionen sowie die Brandanschläge gegen türkische Einrichtungen können als Hinweis verstanden werden, dass die PKK-Jugend anlässlich der aktuellen kritischen Lage bereit ist, ihre Handlungsformen zu verschärfen.

Da die PKK weiterhin für ihre bewaffneten Auseinandersetzungen mit dem sogenannten Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak sowie dem türkischen Staat Kämpfer benötigt, ist davon auszugehen, dass die in der Vorjahren festgestellten Rekrutierungsaktivitäten aufrechterhalten bleiben wenn nicht gar verstärkt werden.